

Antwort der Partei DIE LINKE.

auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK)

1. Aufwertung und Anerkennung der Pflegeberufe

Der Pflegeberuf ist ein Grundbaustein guter Gesundheitsversorgung. Der Beruf und die beruflich Pflegenden müssen in ihrer Professionalität und Rolle für die Gesundheitsversorgung anerkannt werden. Anerkennung drückt sich in Gehalt, Mitspracherechten und Repräsentation im politischen Diskurs aus. Daher sind unsere Forderungen im Einzelnen:

- *Pflegefachpersonen sollen konkurrenzfähige Löhne erhalten. Ein Einstiegsgrundgehalt von 4.000 Euro brutto ist dem Maß an Verantwortung, Fachexpertise und gesellschaftlicher Relevanz, das der Beruf ausfüllt, mindestens angemessen. Die Refinanzierung muss rechtlich abgesichert werden.*
- *Die pflegerische Selbstverwaltung soll politisch gefördert werden und beim Aufbau und bei der Etablierung durch eine Anschubfinanzierung unterstützt werden.*
- *Pflegende sollen obligatorisch und mit Stimmrecht in die entsprechenden Gremien wie beispielsweise den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) berufen werden. Die pflegerische Expertise muss einbezogen werden.*

DIE LINKE setzt sich für gute Arbeitsbedingungen aller in der Pflege Beschäftigten ein. Dazu gehört selbstverständlich auch eine gute – und im Vergleich zum heutigen Niveau deutlich verbesserte – Bezahlung, die auf der Grundlage flächendeckender und für allgemeinverbindlich zu erklärender Tarifverträge für alle Pflegebeschäftigten gelten muss. Die Refinanzierung muss über eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung erfolgen und darf keinesfalls zulasten der Pflegebedürftigen gehen – weder über eine Erhöhung der Eigenanteile in der stationären noch über höhere Zuzahlungen in der ambulanten Pflege.

DIE LINKE befürwortet ausdrücklich eine wirksame soziale und berufliche Interessenvertretung aller in der Pflege Beschäftigten wie auch der Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen. Dabei sollen sich berufliche und gewerkschaftliche Interessenvertretungen ergänzen und stärken. DIE LINKE spricht sich gegen jede Form der Zwangsmitgliedschaft in einer Kammer aus.

DIE LINKE befürwortet eine obligatorische Vertretung aller in der Pflege Beschäftigten, Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen mit Stimmrechten in allen entsprechenden Gremien, um eine umfassende Expertise in die Entscheidungsfindungen der Gremien einfließen zu lassen.

2. Angemessene Personalausstattung

- *Die Personalausstattung in der Langzeitpflege wird auf Basis eines wissenschaftlich gestützten Personalbemessungsinstruments bestimmt. Sie orientiert sich am Pflegebedarf und der Versorgungsqualität. Das bereits vorliegende Personalbemessungsinstrument für die Langzeitpflege soll zügig etabliert, parallel weiterentwickelt und verbindlich eingeführt werden.*
- *Für den Krankenhausbereich muss eine valide Personalbemessung auf den Weg gebracht werden. Mit der PPR 2.0 kann schon längst der erste Schritt gemacht werden, um parallel eine dauerhafte Lösung zu erarbeiten. Die Personalbemessung muss mögliche Ausfälle und deren Kompensation sowie eine bedarfs- und qualitätsorientierte Zusammensetzung der Pflegeteams (Skill-Grade-Mix) berücksichtigen.*

- *Der Anteil akademisch ausgebildeter Pflegefachpersonen soll in allen Pflegesettings erhöht werden. Ziel ist es, dass bis 2030 die Zahl der an Hochschulen absolvierten Ausbildungen bei mindestens 30 Prozent liegt. Die Rahmenbedingungen dafür müssen jetzt geschaffen werden.*

DIE LINKE unterstützt die zügige verbindliche Einführung und Weiterentwicklung des vorliegenden wissenschaftlichen Personalbemessungsinstrumentes für die Langzeitpflege von Prof. Rothgang. Jeder weitere zeitliche Verzug hat für die Arbeitssituation in der Pflege negative Folgen. Wir wollen außerdem die Entwicklung und Erprobung eines solchen Instruments auch für die ambulante Altenpflege, weil dort mehr als $\frac{3}{4}$ der Menschen mit Pflegebedarf versorgt werden.

Für die schnelle Umsetzung einer validen Personalbemessung im Krankenhausbereich hat DIE LINKE bereits im vergangenen Jahr einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht, der fordert, die PPR 2.0 unverzüglich auf den Weg zu bringen (Jetzt bedarfsgerechte Personalbemessung in Krankenhäusern einführen BT-Drs. 19/17544). Diese wurde von der Gewerkschaft ver.di, der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) und dem Deutschen Pflegerat (DPR) gemeinsam entwickelt und erprobt, wäre also sofort umsetzbar und würde einen erheblichen Fortschritt zu den bisherigen Regelungen in diesem Bereich darstellen. Im Gegensatz zu den derzeit geltenden Pflegepersonaluntergrenzen (PPUG) wurden sowohl die PPR wie auch die PPR 2.0 mithilfe pflegerischer Expertise und pflegewissenschaftlicher Begleitung erarbeitet. Ebenfalls im Gegensatz zu den PPUG bildet die PPR 2.0 den tatsächlichen pflegerischen Bedarf der Patientinnen und Patienten ab. Sie ist damit geeignet, sowohl die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals als auch die Versorgung der Patientinnen und Patienten deutlich zu verbessern.

DIE LINKE setzt sich für eine qualitativ hochwertige Pflege ein, die den zu pflegenden Menschen und seine Bedürfnisse im Zentrum hat. Wir befürworten mehr akademisch ausgebildete Pflegefachpersonen in allen Pflegesettings. Auf der Grundlage einer validen Bedarfsermittlung müssen die Bedingungen für das Studium mit den Hochschulen und die späteren Einsatzfelder vereinbart bzw. klar geregelt werden.

3. Bildung und Karriere in der Pflege fördern

- *Zur Stärkung der primären Gesundheitsversorgung werden neue und erweiterte berufliche Rollen für professionell Pflegenden entwickelt und etabliert. In einem definierten Rahmen können speziell qualifizierte Pflegefachpersonen Heilkunde ausüben, Heil- und Hilfsmittel sowie Medikamente verordnen und Assessments durchführen. Insbesondere Menschen mit chronischen Krankheiten und komplexen Problemlagen profitieren von den Präventions- und Versorgungsangeboten. Die Attraktivität des Berufs wird gesteigert. Die Verordnung pflegerischer Leistungen und entsprechender Hilfsmittel soll durch Pflegefachpersonen erfolgen. Dafür müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.*
- *Der Wiedereinstieg in den Pflegeberuf soll durch Wiedereinstiegsprogramme gefördert werden. Es soll geförderte Schulungen und Praxisanleitungen für Wiedereinsteiger/innen geben, damit sie gut vorbereitet in den Beruf zurückkehren können.*
- *Der berufsqualifizierende Bachelorstudiengang soll über eine Praktikumsvergütung zusätzlich gefördert und dadurch attraktiver werden.*

- *Die berufsqualifizierenden Studienplätze sollen ebenso ausgebaut werden wie weiterführende Studiengänge (beispielsweise klinische Pflege, Pflegebildung oder Pflegemanagement). Ziel ist es, nach internationalem Vorbild die Pflegeausbildung vollständig an Hochschulen zu verlagern. Förderprogramme des Bundes unterstützen dies.*

DIE LINKE befürwortet grundsätzlich die Kompetenzerweiterung für Pflegefachpersonen, einschließlich der Delegation ärztlicher Aufgaben an entsprechend speziell qualifizierte Pflegefachpersonen. Für neue gesetzliche Regelungen müssen die fachlichen Inhalte einer Aufgabenübertragung in einem interdisziplinären Diskussionsprozesses aller Beteiligten (Ärzt*innen, Vertreter*innen der Gesundheitsberufe, der Wissenschaft, Interessenvertretungen der Pflegenden etc.) bestimmt werden. Oberste Priorität hat hierbei die Qualitätssicherung. Mehr Kompetenzen müssen auch mit besseren Arbeitsbedingungen einhergehen. Besonders würde hiervon die medizinische und pflegerische Versorgung der Menschen im ländlichen Raum profitieren.

Der Wiedereinstieg in den Pflegeberuf wird in erster Linie durch spürbar bessere Arbeitsbedingungen attraktiv, also durch gesundheitsfördernde Arbeitszeitmodelle, die Vereinbarkeit der Pflege als Beruf mit dem Familienleben sowie einer guten Bezahlung. Wiedereinstiegsprogramme können diese Maßnahmen ergänzen und für eine zusätzliche Motivation sorgen. Selbstredend muss der Wiedereinstieg durch entsprechende fachliche Qualifizierungen unterstützt werden.

Grundsätzlich befürwortet DIE LINKE die Bestrebungen, den berufsqualifizierenden Bachelorstudiengang über eine Praktikumsvergütung zusätzlich zu fördern, doch darf dies nicht zulasten der Pflegebedürftigen durch höhere Kostenanteile gehen.

DIE LINKE engagiert sich schon seit Jahren für setzt sich für die Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung im Land, die eine möglichst hohe Anzahl an Absolvent*innen der dreijährigen Ausbildung hervorbringen soll. Zur Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes und für einen dauerhaften Verbleib im Beruf sind berufsbegleitende Studiengänge sehr geeignet, um Entwicklungs- und Karriereperspektiven zu eröffnen.